



Anfrage Candan Hasan und Mit. über die Abgabe von Schutzmasken an Menschen mit begrenzten finanziellen Ressourcen

eröffnet am 7. September 2020

Ausgangslage:

Die steigenden Corona-Fallzahlen haben im Verlauf der Pandemie zu einer stetigen Ausweitung der Maskenpflicht geführt: Nachdem seit anfangs Juli eine schweizweite Maskenpflicht in den öffentlichen Verkehrsmitteln (öV) gilt, haben viele Kantone das Maskenobligatorium stetig auf weitere Bereiche des öffentlichen Raumes wie Bildung, Detailhandel und Gastronomie ausgedehnt. Der Kanton Luzern hat auf den Start des neuen Schuljahres ein Maskenobligatorium an Gymnasien und Berufsfachschulen eingeführt. Schüler und Eltern müssen hierbei selbst für die entstehenden Kosten aufkommen. Dasselbe gilt für die Universität Luzern sowie die Hochschule Luzern, wo ebenfalls ein Maskenobligatorium in Kraft ist. Auch hält die Schutzmaske zunehmend Einzug im Berufsalltag, etwa in (Grossraum-)Büros.

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) empfiehlt das Tragen von Schutzmasken überall dort, wo ein Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann. Das Tragen von Mund-Nasen-Schutzmasken ist ein wirksames Mittel zur Reduktion des Infektionsrisikos und ermöglicht insbesondere im Mittel- und Hochschulbereich die wichtige Rückkehr zum gewohnten Präsenzunterricht. Gleichzeitig bedeutet die Beschaffung der Schutzmasken für einen Teil der Bevölkerung eine starke zusätzliche finanzielle Belastung, insbesondere vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Rezession. Dies gilt vor allem für Menschen mit tiefen Einkommen, vielköpfige Haushalte und auf den öV angewiesene Pendler*innen. Dieses Geld fehlt dann anderswo, etwa in den Bereichen Verpflegung, Kleidung und Freizeit.

Die Wirksamkeit der Masken hängt davon ab, dass diese regelmässig gewechselt und nicht wiederverwendet werden. Insbesondere die verbreiteten Einwegmasken büssen bereits nach zwei bis vier Stunden an Wirksamkeit ein. Der niederschwellige und kostengünstige Zugang zu Schutzmasken ist deshalb eine unabdingbare Voraussetzung für die Wirksamkeit der beschlossenen Massnahmen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Senkung der Fallzahlen. Auch die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren begrüsst es, wenn der Zugang zu Masken erleichtert werden könnte. Einige Kantone haben bereits reagiert und Unterstützungsmassnahmen beschlossen. So gibt der Kanton Jura kostenlose Schutzmasken an Beziehende von individuellen Prämienverbilligungen (IPV) ab. Der Kanton Basel-Stadt hat an rund 30'000 Menschen mit bescheidenen finanziellen Verhältnissen (z. B. Sozialhilfebeziehende) Gutscheine für 40 Gratismasken verteilt, die in Apotheken und Drogerien eingelöst werden können. In Genf verkauft der Kanton vulnerablen Personen verbilligte Masken für 50 Rappen pro Stück.

In diesem Zusammenhang stellen wir der Regierung folgende Fragen und danken ihr für die Beantwortung:

1. Wie schätzt die Regierung die Auswirkung der sich ausweitenden Maskenpflicht auf die finanzielle Lage der Menschen im Kanton Luzern ein, insbesondere auf solche mit begrenzten finanziellen Ressourcen? Gibt es Zahlen?
2. Welche Massnahmen sind bereits in Kraft, um die Bevölkerung und insbesondere Menschen mit begrenzten finanziellen Ressourcen bei der Beschaffung von Schutzmasken

- zu unterstützen? Inwiefern wird in diesem Zusammenhang mit anderen Akteuren (z. B. Hilfswerke, Hausärzt*innen, Gemeinden und Detailhändler*innen) zusammengearbeitet?
3. Wie steht die Regierung zur Ausweitung der Maskenpflicht auf andere Bereiche? Gibt es dahingehende Überlegungen, und wie werden diese begründet?
 4. Welche weiteren Massnahmen gedenkt der Kanton Luzern in Anbetracht der steigenden Fallzahlen und der sich ausweitenden Maskenpflicht zu treffen, damit sich alle Menschen unabhängig von individuellen finanziellen Ressourcen vor einer Infektion mit Corona-Viren schützen können? Gibt es ein Konzept? Von welchen Entwicklungen wird das Ergreifen dieser Massnahmen abhängig gemacht?
 5. Sind Massnahmen zur vergünstigten oder kostenfreien Abgabe von Schutzmasken an vulnerable Personen wie etwa Menschen mit begrenzten finanziellen Ressourcen geplant? Wenn ja, welche? Wenn nein, weshalb nicht?

Candan Hasan
Meyer Jörg